OÖ. LANDESVERWALTUNGSGERICHT

4021 Linz / Volksgartenstraße 14
Telefon: +43 732 7075-18004
Fax: +43 732 7075-218018
E-Mail: post@lvwg-ooe.gv.at / www.lvwg-ooe.gv.at

Geschäftszeichen:
LVwG-602280/8/DM/Bb

Datum:
Linz, 11. Juli 2018

IM NAMEN DER REPUBLIK

Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich erkennt durch seine Richterin Mag. Manzenreiter über die Beschwerde des D M, vertreten durch Rechtsanwalt x, vom 15. Jänner 2018, gegen das Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft Gmunden vom 12. Dezember 2017, GZ: VerkR96-3639-2016, wegen Übertretung der Straßenverkehrsordnung 1960 - StVO nach Durchführung einer öffentlichen mündlichen Verhandlung am 30. Mai 2018

zu Recht:

I. Die Beschwerde wird mit der Maßgabe, dass die verhängte Geldstrafe auf 150 Euro und die Ersatzfreiheitsstrafe auf 75 Stunden herabgesetzt wird, als unbegründet abgewiesen.

II. Der Beschwerdeführer hat keinen Beitrag zu den Kosten des Beschwerdeverfahrens zu leisten. Die behördlichen Verfahrenskosten reduzieren sich auf 15 Euro.

III. Gegen dieses Erkenntnis ist eine Revision unzulässig.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

I. Bisheriges Verwaltungsgeschehen:

1. Die Bezirkshauptmannschaft Gmunden (im Folgenden: belangte Behörde) warf D M (Beschwerdeführer) mit Straferkenntnis vom 12. Dezember 2017, GZ: VerkR96-3639-2016, vor, er habe am 8. Oktober 2015 zwischen 07:25 und 08:39 Uhr in der Gemeinde Bad Goisern am Hallstättersee auf der S Straße B 145 bei Strkm 70,825 + 138 als Lenker des Lastkraftwagens mit dem Kennzeichen X (Anhänger), welches ein höchst zulässiges Gesamtgewicht von über 3,5 t aufweist, das deutlich sichtbar aufgestellte Verbotszeichen „Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchst zulässigen Gesamtgewicht von über 3,5 t – ausgenommen Ziel- und Quellverkehr“ nicht beachtet. Er sei nicht unter die Ausnahme gefallen. Der Beschwerdeführer habe dadurch § 52 lit. a Z 7a StVO iVm der Verordnung VerkR10-80-2011 vom 23. März 2011 verletzt. Wegen dieser Verwaltungsübertretung wurde über den Beschwerdeführer gemäß § 99 Abs. 3 lit. a StVO eine Geldstrafe idHv 200 Euro, im Falle der Uneinbringlichkeit eine Ersatzfreiheitsstrafe von 100 Stunden, verhängt. Weiters wurde er zur Zahlung eines Verfahrenskostenbeitrages idHv 20 Euro verpflichtet.

2. Gegen dieses Straferkenntnis erhob der Beschwerdeführer in rechtsfreundlicher Vertretung mit Schreiben vom 15. Jänner 2018 innerhalb offener Frist Beschwerde, in der er Folgendes vorbringt (auszugsweise wörtliche Wiedergabe):

„Das Straferkenntnis vom 12.12.2017 wird wegen Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften und wegen Rechtswidrigkeit des Inhaltes in vollem Umfange angefochten.

Die Beschwerdegründe werden im Einzelnen ausgeführt wie folgt:

Die Begründung der belangten Behörde, der Beschwerdeführer hätte Beweise dafür erbringen müssen, dass er unter die Ausnahme vom Fahrverbot des § 3 der Verordnung vom 23.03.2011 gefallen wäre, ist ebenso vollkommen verfehlt, wie die weitere Begründung, eine Ausnahme könne nicht geltend gemacht werden, wenn das zu befördernde Gut gewichts- und wertmäßig eine völlig untergeordnete Transportmenge bzw. Transportwert darstelle. Im Übrigen stellt die Begründung angesichts der vom Beschwerdeführer erstinstanzlich vorgelegten Nachweise eine reine Scheinbegründung dar; die belangte Behörde hat sich in unzulässiger vorgreifender Beweiswürdigung mit den Ausführungen des Beschwerdeführers überhaupt nicht auseinandergesetzt.

Zunächst ist aufzuzeigen, dass der Beschwerdeführer schon grundsätzlich nicht vom Fahrverbot der Verordnung vom 23.03.2011 betroffen war; die Verordnung verbietet nur das Lenken von Lastkraftfahrzeugen auf der B 145, während dem Beschwerdeführer nur das Lenken des Anhängers x (unrichtig im Straferkenntnis als ‚Lastkraftfahrzeug‘ betitelt) zum Vorwurf gemacht wurde; beim vom Beschwerdeführer gelenkten Fahrzeug x handelt es sich nachweislich um einen Anhänger (siehe beiliegender Zulassungsschein), das Lenken eines Anhängers ist aber gemäß dem Wortlaut der Verordnung auf der B 145 nicht

verboten, sodass schon deshalb die dem Beschwerdeführer angelastete Verwaltungsübertretung nicht vorliegt.

Die Ausführungen der belangten Behörde, der Beschwerdeführer habe sich gleichsam mittels bestimmter, von der Behörde vorgegebener Beweismittel ‚frei zu beweisen', ansonsten er verurteilt werde, sind in höchstem Maße rechtswidrig und widersprechen dem auch dem gegenständlichen Verwaltungsstrafverfahren inne wohnenden Rechtsgrundsatz ‚in dubio pro reo'.

Tatsächlich hat das abgeführte Verwaltungsstrafverfahren keinen wie immer gearteten Beweis dahingehend ergeben, der Beschwerdeführer habe die ihm angelastete Tathandlung gesetzt; aus bloßen Beobachtungen anonym gebliebener Personen in Trautenfels und Altmünster und darauf basierenden bloßen Vermutungen kann – nachdem eine weitere Beobachtung des Fahrzeuges des Beschwerdeführers im Zuge der Fahrt nicht vorgenommen und insbesondere auch dessen Ladevorgang in Bad Aussee nicht beobachtet wurde – nicht auf einen Verstoß des Beschwerdeführers geschlossen werden. Wäre der Beschwerdeführer am 08.10.2015 im Zuge seiner Fahrt von einem Straßenaufsichtsorgan angehalten und überprüft worden, hätte dieser dem Straßenaufsichtsorgan den stattgefundenen Beladevorgang und damit die Berechtigung für das Befahren der B145 problemlos nachweisen können.

Wie bereits im erstinstanzlichen Verfahren durch Urkunden unter Beweis gestellt, musste der Lenker des LKW x der P Speditions- und Transportgesellschaft m.b.H. bei der Abholung von Waren am 06.10.2015 bei der Firma S G R Austria GesmbH in Bad Aussee erhebliche Mengen an Ladungssicherungsmitteln, unter anderem Antirutschmatten, Palletten und Spannlatten sowohl der P Speditions- und Transportgesellschaft m.b.H. als auch anderer Firmen zurücklassen, welche der Beschwerdeführer am 08.10.2015 bei der Firma S G R Austria GesmbH in Bad Aussee abzuholen hatte.

Bei diesen Ladungssicherungsmitteln handelte es sich unter anderem um große Mengen an Spannlatten von 2,5 m und 5 m Länge, große Mengen an Antirutschmatten und Paletten etc., wie diese eben von den Lenkern der P Speditions- und Transportgesellschaft m.b.H. im täglichen Güterverkehr verwenden werden müssen; aufgrund der großen Menge dieser Sicherungsmittel war die Entsendung des Fahrzeuges des Beschwerdeführers nach Bad Aussee erforderlich.

Naturgemäß weisen diese Ladungssicherungsmittel einen erheblichen Wert auf, weshalb die P S- und Transportgesellschaft m.b.H. stets bestrebt ist, ihre eigenen Ladungssicherungsmittel und die von ihr verwendeten Ladungssicherungsmittel anderer Firmen (die sie ansonsten ersetzen müsste) – wenn sie im Zuge eines Ladevorganges irgendwo zurückgelassen werden mussten – sozusagen ‚wieder einsammeln'. Aus diesem Grund wurde der Beschwerdeführer am 08.10.2015 mit der Abholung der zurückgebliebenen Ladungssicherungsmittel beauftragt, wobei naturgemäß – nachdem es sich nicht um Handelsware, sondern um Gebrauchsgut der Transporttätigkeit handelt – keine Lieferscheine existieren. Die Ausführungen der belangten Behörde stehen – unter Bedachtnahme auf die bereits im erstinstanzlichen Verfahren geschilderten Umstände – mit den Abläufen des realen Wirtschaftslebens nicht im Einklang und sind rechtswidrig. Die unbegründete Annahme der belangten Behörde, die Ladungssicherungsmittel spielten

‚gewichtsmäßig und wertmäßig eine völlig untergeordnete Rolle' ist unter Bedachtnahme auf obige Ausführungen vollkommen verfehlt.

Tatsächlich durfte der Beschwerdeführer daher am 08.10.2017 (gemeint wohl: 2015) aufgrund des stattgefundenen Ladevorganges in Bad Aussee die B 145 befahren.

Im Übrigen lässt sich gemäß der ständigen Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte aus § 3 der Verordnung nicht entnehmen, dass der Ziel- und Quellverkehr in den angeführten Orten in einem zumindest überwiegenden Be- oder Entladen der LKW bestehen muss; hätte der Verordnungsgeber dies im Sinn gehabt, so hätte dies auch in der Verordnung einen Niederschlag gefunden. Nach dem Wortlaut der Verordnung hat der Verordnungsgeber Transporte, bei denen eine Be- oder Entladung in der betreffenden Gemeinde erfolgt, vom Fahrverbot ausgenommen, sodass im Sinne ständiger Rechtsprechung dem Beschwerdeführer aufgrund des stattgehabten Beladevorgangs kein strafbares Verhalten unterstellt werden kann.

Aufgrund des Quellverkehrs von der Firma S G R Austria GesmbH in Bad Aussee ist der vom Beschwerdeführer durchgeführte Transport unter die Ausnahmebestimmung des § 3 der Verordnung gefallen und war damit gänzlich vom normierten Fahrverbot ausgenommen."
[Hervorhebungen nicht übernommen]

Der Beschwerdeführer beantragte, eine mündliche Verhandlung durchzuführen, der Beschwerde stattzugeben, das angefochtene Straferkenntnis aufzuheben und das Verfahren einzustellen.

3. Mit Schreiben vom 16. Jänner 2018 (eingelangt am 19. Jänner 2018) legte die belangte Behörde die Beschwerde unter Anschluss des Verwaltungsstrafaktes mit der GZ: VerkR96-3639-2016, ohne eine Beschwerdevorentscheidung zu erlassen, dem Landesverwaltungsgericht Oberösterreich zur Entscheidung vor.

Mit der Aktenvorlage ergibt sich die Zuständigkeit des Landesverwaltungsgerichtes Oberösterreich zur Entscheidungsfindung (Art. 130 Abs. 1 Z 1 iVm Art. 131 Abs. 1 B-VG iVm § 3 VwGVG). Gemäß Art. 135 Abs. 1 erster Satz B-VG iVm § 2 VwGVG entscheidet das Landesverwaltungsgericht durch die nach der Geschäftsverteilung zuständige Einzelrichterin.

II. Festgestellter Sachverhalt und Beweiswürdigung:

1. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich hat Beweis erhoben durch Einsichtnahme in den behördlichen Akt, durch eine Anfrage bei der Fa. S G R Austria GmbH zum konkreten Transport, insbesondere über Art und Menge des Ladegutes, durch Recherche auf Google Maps und Durchführung einer öffentlichen mündlichen Verhandlung am 30. Mai 2018.

An der Verhandlung haben der Rechtsvertreter des Beschwerdeführers und ein Vertreter der belangten Behörde teilgenommen und wurden zum Sachverhalt gehört. Der Beschwerdeführer selbst ist der Verhandlung ferngeblieben.

2. Folgender Sachverhalt steht fest:

Der Beschwerdeführer zog am 8. Oktober 2015 zwischen 07:25 und 08:39 Uhr mittels Zugfahrzeug den Sattelanhänger mit dem Kennzeichen X, -zugelassen auf die Fa. P S- u TransportgmbH mit Sitz in 8741 Weißkirchen - mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t, in der Gemeinde Bad Goisern auf der S Straße (B 145) bei Strkm 70,825 + 138 im Bereich des verordneten Fahrverbotes für Lastkraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t mit Ausnahmen für Fahrten im Ziel- und Quellverkehr, obwohl seine Fahrt nicht unter die Ausnahmebestimmungen des Fahrverbotes fiel.

3. Beweiswürdigung:

Dieser Sachverhalt ergibt sich aus dem Akteninhalt, insbesondere aus der Anzeige des Vereins Lebensraum Salzkammergut sowie als Ergebnis der öffentlichen mündlichen Verhandlung.

Sofern der Beschwerdeführer sich darauf berief, auf der Fahrt nach Timelkam den Auftrag erhalten zu haben, am Standort der Fa. S G R Austria GmbH in Bad Aussee Ladungssicherungsmittel, die bei vorangegangenen Transporten zurückgelassen werden mussten, abzuholen und ihm daher des Befahren der B 145 erlaubt war, so steht diesem Vorbringen des Beschwerdeführers die verfahrenseinleitende Anzeige des Vereins Lebensraum Salzkammergut entgegen. Demnach wurde die von ihm gelenkte Fahrzeugkombination am Tattag um 07:25 Uhr von Mitgliedern des Vereins beim Befahren der B 145 in Trautenfels beobachtet und um 08:39 Uhr in Altmünster registriert. Die Fahrzeit des Beschwerdeführers von Trautenfels nach Altmünster betrug demnach insgesamt 1 Stunde und 14 Minuten. Diese Fahrzeit deckt sich im Wesentlichen mit dem Ergebnis des Routenplaners „Google Maps“, der die Strecke zwischen Trautenfels und Altmünster über die B 145 mit rund 84 km und einer Fahrzeit für einen Pkw von ca. 1 Stunde und 15 Minuten als schnellste Route unter Berücksichtigung üblicher Verkehrslage ausweist. Die Behauptung, in Bad Aussee einen Beladevorgang durchgeführt zu haben, ist daher nicht nachvollziehbar, da es sich in zeitlicher Hinsicht als unmöglich erweist, im Zeitraum von 1 Stunde und 14 Minuten die Strecke von Trautenfels nach Altmünster zurückzulegen und auf dieser Fahrt einen Beladevorgang durchzuführen. Besonders auch im Hinblick darauf, wenn es sich – wie behauptet – um eine „erhebliche Menge“ an Ladungssicherungsmittel gehandelt haben soll. Insofern ist daher das Vorbringen im Rahmen der mündlichen Verhandlung, wonach ein derartiger Ladevorgang wenige Minuten dauere, nicht schlüssig, da die Beladung eines Schwerfahrzeuges mit einer erheblichen Menge an Ladegut naturgemäß wohl nicht innerhalb nur weniger Minuten abgeschlossen ist.

Mit dem bloßen Einwand, die angezeigte Durchfahrtszeit könne nicht zur Beurteilung heranzogen werden, ob ein Ladevorgang getätigt wurde oder nicht, ist es dem Beschwerdeführer nicht gelungen, dem Inhalt der Anzeige, insbesondere den darin angeführten Zeitangaben erfolgreich entgegenzutreten und die Durchführung eines Beladevorganges als glaubhaft darzustellen. Die fehlende Glaubwürdigkeit wird vor allem auch darauf gestützt, dass der Beschwerdeführer es im gesamten Verfahren unterlassen hat, die behauptete Beladung durch Beweisanträge oder die Vorlage von Beweismitteln zu untermauern, noch konnte weder er selbst noch sein zur Verhandlung entsandter Rechtsvertreter zur behaupteten „erheblichen Menge“ an Ladungssicherungsmittel nähere Angaben machen, obwohl dies im Falle der Richtigkeit seiner Version ohne besonderen Aufwand hätte möglich sein müssen.

Die Verantwortung des Beschwerdeführers vermochte daher letztlich mangels lebensnaher Nachvollziehbarkeit nicht zu überzeugen und war schließlich als konstruierte Schutzbehauptung zu qualifizieren, um eine Bestrafung wegen Missachtung des Fahrverbotes abzuwenden. An dieser Stelle sei angemerkt, dass beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich betreffend den Beschwerdeführer zu GZ: LVwG-602422 ein weiteres einschlägiges Verfahren anhängig war, in welchem er sich nahezu gleichgelagert verantwortete.

Angesichts der dargestellten zeitlichen Komponente und der nicht näher definierten Menge an Ladegut liegt der Schluss nahe und ist letztlich davon auszugehen, dass der bloß behauptete und durch kein Beweisanbot gestützte Beladevorgang bei der R A GmbH in Bad Aussee auf der Fahrtstrecke von Trautenfels nach Altmünster nicht stattgefunden hat und der Beschwerdeführer die B 145 befuhr, um die Mautpflicht auf der A 9 zu umgehen. Ein zusätzliches Indiz, dass die geltend gemachte Beladung in Bad Aussee tatsächlich nicht durchgeführt wurde, stellt auch die Tatsache dar, dass sowohl eine nachweisliche Anfrage der belangten Behörde als auch eine solche durch das Landesverwaltungsgericht insofern erfolglos verliefen, als eine Aussage, ob am Tattag durch die Firma P S- u TransportgmbH eine Abholung von Ladungssicherungsmitteln stattgefunden hat, nicht getroffen werden konnte.

III. In rechtlicher Hinsicht ist auszuführen:

1. Gemäß § 52 lit. a Z 7a StVO zeigt das Vorschriftszeichen "Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge“ an, dass das Fahren mit Lastkraftfahrzeugen verboten ist. Eine Gewichtsangabe bedeutet, dass das Verbot nur für ein Lastkraftfahrzeug gilt, wenn das höchste zulässige Gesamtgewicht des Lastkraftfahrzeuges oder das höchste zulässige Gesamtgewicht eines mitgeführten Anhängers das im Zeichen angegebene Gewicht überschreitet.

Gemäß § 1 der Verordnung der Bezirkshauptmannschaft Gmunden vom 23. März 2011, GZ: Verkr10-80-2011, ist das Befahren der Salzkammergut Straße B 145 zwischen Strkm 70,825 + 138 (St. Agatha) und 76,600 + 172 (Bereich Landesgrenze) in beiden Fahrtrichtungen mit Lastkraftfahrzeugen mit einem höchst zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t verboten.

Von diesem normierten Fahrverbot sind nach § 3 Abs. 1 der Verordnung Fahrten im Ziel- und Quellverkehr in folgenden Gemeinden ausgenommen:

a) Oberösterreich: Bad Goisern, Bad Ischl, Ebensee, Gosau, Hallstatt, Obertraun, St. Wolfgang, Steinbach a. A., Traunkirchen
b) Salzburg: Abtenau, Annaberg, St. Gilgen, Strobl, Rußbach, Fuschl, Hof, Ebenau, Faistenau und Hintersee
c) Steiermark: Altaussee, Bad Aussee, Bad Mitterndorf, Grundlsee, Pichl-Kainisch, Pürgg-Trautenfels, Tauplitz.

Gemäß § 99 Abs. 3 lit. a StVO begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 726 Euro, im Fall ihrer Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Wochen, zu bestrafen, wer als Lenker eines Fahrzeuges, [...] gegen die Vorschriften dieses Bundesgesetzes oder der aufgrund dieses Bundesgesetzes erlassenen Verordnungen verstößt und das Verhalten nicht nach den Abs. 1, 1a, 1b, 2, 2a, 2b, 2c, 2d, 2e oder 4 zu bestrafen ist.

2. Der Beschwerdeführer lenkte – unbestritten – am 8. Oktober 2015 zwischen 07:25 und 08:39 Uhr den Sattelanhänger mit dem Kennzeichen X samt Zugfahrzeug mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t innerhalb des von der bezughabenden Verordnung der Bezirkshauptmannschaft Gmunden erfassten Fahrverbotsbereichs. Dass seine Fahrt unter die Ausnahmebestimmungen der Verordnung fiel, vermochte der Beschwerdeführer nicht glaubhaft darzutun, weshalb sowohl der objektive als auch subjektive Tatbestand der ihm vorgeworfenen Verwaltungsübertretung als verwirklicht gilt. Gemäß § 5 Abs. 1 VStG iVm § 38 VwGVG war zumindest von fahrlässigem Verhalten auszugehen.

Der Vollständigkeithalber sei noch erwähnt, dass vom Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge im Sinne des § 52 lit. a Z 7a StVO nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auch Sattelkraftfahrzeuge umfasst sind (vgl. z. B. VwGH 11. Oktober 2002, 2002/02/0095), sodass daher die Fahrverbots-verordnung auch für die vom Beschwerdeführer gelenkte Fahrzeugkombination (Zugfahrzug samt Sattelanhänger) galt.

3. Gemäß § 19 Abs. 1 VStG iVm § 38 VwGVG sind Grundlage für die Bemessung der Strafe die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat.

Gemäß § 19 Abs. 2 VStG iVm § 38 VwGVG sind im ordentlichen Verfahren (§§ 40 bis 46) überdies die nach dem Zweck der Strafdrohung in Betracht kommenden Erschwerungs- und Milderungsgründe, soweit sie nicht schon die Strafdrohung bestimmen, gegeneinander abzuwägen. Auf das Ausmaß des Verschuldens ist besonders Bedacht zu nehmen. Unter Berücksichtigung der Eigenart des Verwaltungsstrafrechtes sind die Bestimmungen der §§ 32 bis 35 des Strafgesetzbuches sinngemäß anzuwenden. Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und allfällige Sorgepflichten des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen.

Gemäß § 99 Abs. 3 lit. a StVO reicht der Strafrahmen für die konkrete Übertretung bis zu 726 Euro, die Ersatzfreiheitsstrafe im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe bis zu 2 Wochen.

Die belangte Behörde ging bei der Strafbemessung von folgenden geschätzten und unbestritten gebliebenen persönlichen Verhältnissen des Beschwerdeführers aus: Einkommen: ca. 1.500 Euro, Vermögen: keines, Sorgepflichten: keine. Strafmildernd ist die bisherige verwaltungsstrafrechtliche Unbescholtenheit des Beschwerdeführers zu werten, straferschwerende Umstände waren nicht festzustellen.

Als mildernder Aspekt kommt vorliegend zusätzlich die überdurchschnittlich lange Verfahrensdauer zum Tragen. Der konkrete Vorfall liegt nämlich mittlerweile über 2 ½ Jahren zurück; dieser Umstand indiziert einen Milderungsgrund im Sinne des § 34 Abs. 2 StGB (vgl. dazu auch VwGH 23. April 2009, 2009/09/0059, wonach eine Verfahrensdauer von rund 2 ½ Jahren strafmildernd zu werten ist).

Durch das verordnete Fahrverbot soll in der Region Salzkammergut insbesondere der Schwerverkehr verringert werden. Übertretungen dieser Verkehrs-beschränkung können daher nicht als Bagatelldelikte abgetan werden.

Vor diesem Hintergrund und insbesondere unter Berücksichtigung des zusätzlichen Milderungsgrundes der überlangen Verfahrensdauer erscheint eine Milderung der Strafe auf 150 Euro gerechtfertigt und vertretbar. Diese Geldstrafe erweist sich aus spezialpräventiver Sicht tat- und schuldangemessen und wird als ausreichend erachtet, um den Beschwerdeführer in Zukunft von derlei Übertretungen abzuhalten und darauf hinzuweisen, dass die Beachtung und Einhaltung des verordneten Fahrverbotes von wesentlicher Bedeutung ist, und auch, um der Generalprävention Rechnung zu tragen. Die Ersatzfreiheitsstrafe war in angemessenem Verhältnis zur nunmehrigen Geldstrafe mit 75 Stunden festzusetzen.
Es war somit spruchgemäß zu entscheiden.

4. Gemäß § 52 Abs. 8 VwGVG sind die Kosten des Beschwerdeverfahrens dem Beschwerdeführer nicht aufzuerlegen, wenn der Beschwerde auch nur teilweise Folge gegeben wurde.

Aufgrund der Reduktion der Strafe hat der Beschwerdeführer keine Kosten für das verwaltungsgerichtliche Verfahren zu bezahlen

Der vom Beschwerdeführer zu leistende Kostenbeitrag zum behördlichen Verfahren beträgt gemäß § 64 Abs. 2 VStG 15 Euro (= 10 % der neu bemessenen Geldstrafe, mindestens jedoch 10 Euro).

IV. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist für die belangte Behörde und die revisionsberechtigte Formalpartei unzulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Art. 133 Abs. 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Weder weicht die gegenständliche Entscheidung von der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ab, noch fehlt es an einer solchen. Weiters ist die dazu vorliegende Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Ebenfalls liegen keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor.

Für den Beschwerdeführer ist nach der Bestimmung des § 25a Abs. 4 VwGG keine Revision zulässig. Nach dieser Bestimmung ist eine Revision wegen Verletzung in Rechten (Art. 133 Abs. 6 Z 1 B-VG) nicht zulässig, wenn in einer Verwaltungsstrafsache – wie gegenständlich – eine Geldstrafe von bis zu 750 Euro und keine Freiheitsstrafe verhängt werden durfte sowie im Erkenntnis eine Geldstrafe von bis zu 400 Euro verhängt wurde.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen dieses Erkenntnis besteht innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof. Eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist unmittelbar bei diesem einzubringen. Die Abfassung und die Einbringung einer Beschwerde müssen durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. eine bevollmächtigte Rechtsanwältin erfolgen. Für die Beschwerde ist eine Eingabengebühr von 240 Euro zu entrichten.

Da für den vorliegenden Fall gemäß § 25a Abs. 4 VwGG eine Revision nur wegen Verletzung in subjektiven Rechten (Art. 133 Abs. 6 Z 1 B-VG) ausgeschlossen ist,

steht der belangten Behörde und der revisionslegitimierten Formalpartei die außerordentliche Revision beim Verwaltungsgerichtshof offen, die beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich einzubringen ist.

Sie haben die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht mehr erhoben werden kann.

H i n w e i s

Bitte erachten Sie den von der belangten Behörde mit der angefochtenen Entscheidung übermittelten Zahlschein als hinfällig. Sie erhalten von der genannten Behörde einen aktualisierten Zahlschein zugesandt.

Landesverwaltungsgericht Oberösterreich

Mag. Manzenreiter